

LandesElternBeirat

Rheinland-Pfalz

Heft 4/2004 Dezember 2004

Landeselterntag in Traben-Trarbach



Foto: Franjo Schohl

Aus dem Inhalt:

Bericht vom Landeselterntag

Konflikte sind notwendig und unvermeidlich

Seite 3-5

Schule und Migration

Migrantinnen und Migranten als Experten

Seite 7

Wettbewerbe

Qualitätsoffensive an rheinland-pfälzischen Schulen

Seite 12

Umfrage Ferienregelung

Änderung der Ferienordnung erforderlich?

Seite 14-16

Wir sind der Meinung Komma dass...

... die Zeitung des LEB zu brav und zu wenig „anstößig“ in mehrfacher Bedeutung des Wortes ist. Unsere Elternzeitung ist vorwiegend auf Information der Elternschaft ausgerichtet und lässt das Element möglicher Auseinandersetzung unserer Leser mit der Redaktion und mit dem LEB zu kurz kommen. Deshalb soll in Zukunft unter der Rubrik **Wir sind der Meinung Komma dass...** die Anzettelung von Diskussionen und die Herausforderung zum Streit in bestem Sinne betrieben werden. Unsere Leser werden sich dabei mit Meinungen konfrontiert sehen, die nicht unbedingt in der aktuellen Bewusstseinslage der Öffentlichkeit verankert sind, die aber Reizthemen tangieren oder voll treffen. Für dieses Mal gilt zum Beispiel:

Wir sind der Meinung Komma dass...

...die Elternschaft an so mancher Schule im Lande sich dem Ohne-Michel-Unwesen verschrieben hat. Bis da bloß endlich eine Wahl der Klassenelternsprecher über die Bühne gegangen ist, das kann einem schon das Wasser in die Augen treiben. Schließlich lassen sich Herr Hinterhuber und Frau Oberschmitt breitschlagen. Sie haben die schwächsten Nerven und die geringste Widerstandskraft bewiesen und haben dem Drängen der nachhause wohnenden Mittelern schließlich ächzend nachgegeben. Der beschwichtigende Hinweis „ihr braucht ganz bestimmt nicht viel zu machen“ mag den Ausschlag gegeben haben. - Und dann hat wieder einmal eine Klasse die Sorte Elternvertreter, die wirklich nicht viel macht; und infolgedessen wenig bis nichts erreicht:

Elternversammlung? – Fehlanzeige!

Regelmäßiger Kontakt zur Klassenleitung? – Wie kommt man denn auf so was?

Sich Einsetzen für die Belange einzelner oder aller Klasseneltern? – Kommt nicht vor!

Schülerinteressen wahrnehmen? – Die sollen was lernen, dann läuft das alles schon richtig!

Welche Ursachen könnte die weit verbreitete Verweigerung von Verantwortungsübernahme in dem hier angesprochenen Bereich haben? Zeitmangel wird am häufigsten angeführt. - Zu wenig Ahnung vom Geschäft ist auch eine beliebte Ausrede. - Man kennt doch kaum einen der anderen Eltern, so wird oft vorgeschützt.

Die Wahrheit dürfte wohl sein, dass viele Eltern einfach träge sind, keine Lust haben, sich zu engagieren, einfach darauf warten, bis irgend ein Herr Hinterhuber und eine Frau Oberschmitt einknicken und dann halt .. nichts machen. – Wie sollten sie auch?

Dr. Neulinger

**Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern der Elternzeitung
FROHE WEIHNACHTEN und
EIN GUTES NEUES JAHR!**

Der Realschulausschuss lebt!

In unserem letzten Heft ist uns ein unverzeihlicher (?) Fehler unterlaufen: Da wir von den Mitgliedern des Realschulausschusses kein Foto zur Verfügung hatten, haben wir gleich ganz vergessen ihn zu erwähnen. Auch wenn im Landeselternbeirat immer häufiger von einer Schule für alle die Rede ist – und das nicht nur hinter verschlossenen Türen – , so haben wir noch keinen Schulart bezogenen Ausschuss abgeschafft, zumal Landeselternsprecher Dieter Dornbusch selbst Mitglied im Realschulausschuss ist. Außerdem vertreten Bärbel Ries (Ausschussvorsprecherin), Herbert Woidtke (Delegierter im Bundeselternrat) und Petra Dick-Walther die Realschulleitern im Landeselternbeirat. Da sich die ausnahmslos wiedergewählten und erfahrenen Ausschussmitglieder in dieser Amtsperiode noch nicht persönlich getroffen sondern nur elektronisch kommuniziert haben, werden unsere Leserinnen und Leser noch bis zur nächsten Ausgabe der Elternzeitung auf ein Foto warten müssen.

Herzlichen Dank dem Verband deutscher Realschullehrer für ihre aufmerksame Lektüre und den netten Hinweis!

Die Redaktion

Impressum

Herausgeber

Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz

Redaktion

Dieter Dornbusch (verantwort.)

Geschäftsstelle

Wallstraße 3
55122 Mainz

Telefon 061 31- 16 29 26
Fax 061 31- 16 29 27
<http://leb.bildung-rp.de>
leb@mbfj.rlp.de

Elternarbeit in Rheinland-Pfalz erscheint vierteljährlich und wird allen Schulleitungen über die Schulleitungen zugestellt.

Landeselternsprecher

Landeselternsprecher

Dieter Dornbusch, In der Wolfshecke 3
56412 Holler
Tel.: 02602 - 9995803, 0171 - 2117870
E-mail: dieter.dornbusch@web.de

Stellvertretende Landeselternsprecher

Gabriele Weindel-Güdemann, Verdistr. 33
67346 Speyer, Tel.: 06232 - 43393
E-mail: gabwbg@t-online.de

Franjo Schohl, Skagerrak-Str. 20
55128 Mainz, Tel.: 06131-366327
E-mail: Franjo.Schohl@web.de

Besitzer

Birgit Hesch; Dr. Klaus Neulinger; Knuth
Haußmann; Harald Linka; Werner
Maurus

Regionalelternsprecher

Koblenz

Joachim Zimmermann,
Vor der Hohnert 1
57537 Wissen, Tel.: 02742-4565
E-mail: Bruensel@aol.com
Herbert Woidtke, ständiger Vertreter im
LEB, Karolinger Str. 61, 56567 Neuwied,
Tel.: 02631-76803
E-mail: Herbert.Woidtke@t-online.de

Neustadt

Michael Reinartz, Nordring 7
76889 Schweigen-Rechtenbach
Tel.: 06342-919110
E-mail: michael-reinartz@t-online.de

Trier

Michael Geisbüsch, Am Sterenbach 27
54516 Wittlich, Tel. 06571-69926
E-mail: m.geisbuesch@fh-trier.de

Bericht vom Landeselterntag 2004

Partnerschaft lohnt sich

„Eine gute Kommunikation zwischen Schule und Elternschaft ist eine der wichtigsten Säulen einer guten Schule.“ Das unterstrich Bildungsministerin Doris Ahnen auf dem Landeselterntag am 6. November 2004, auf dem die Frage „Eltern und Lehrer – Gegner oder Partner“ näher beleuchtet werden sollte

Der Erfolg aller Bemühungen zu Gunsten einer besseren Bildung und Erziehung sei umso größer, je besser die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Lehrkräften und Eltern bei der Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen funktioniere, so Doris Ahnen in ihrem Grußwort an die 300 Väter und Mütter, die zur jährlichen Veranstaltung des Landeselternbeirats nach Traben-Trarbach gekommen waren. Erfreulicherweise sei dieses Thema ein deutlicher Schwerpunkt in den Qualitätsprogrammen des ganz überwiegenden Teils aller Schulen im Land. Dies lasse die begründete Hoffnung zu, dass sich im Zuge der internen Evaluation dieser Qualitätsprogramme weitere Impulse für eine Intensivierung der Kontakte zwischen Schule und Elternhaus ergäben. Auch die Erfahrungen mit den neuen Ganztagschulen bei der Zusammenarbeit mit Eltern könnten hier Hinweise und Anregungen liefern. Ein Beispiel einer gelungenen Zusammenarbeit auf Landesebene sei nicht zuletzt die jüngst von Bildungsministerium und Landeselternbeirat gemeinsam herausgegebene handliche Broschüre „Elternmitwirkung in Rheinland-Pfalz“.

Daran, dass es zur Partnerschaft zwischen Eltern und Lehrern keine vernünftige Alternative gibt, ließ auch Referent Dr. Markus Höffer-Mehlmer keinen Zweifel. Die Beschreibung des Verhältnisses von Eltern und Lehrkräften als Partnerschaft könne durchaus neben einer Perspektive bestehen, die Eltern und Heranwachsende als „Kunden“ des „Dienstleisters“ Schule sehen. Die Partnerschaft könne an einzelnen Schulen mit Gewinn durch Erziehungsverträge genauer geregelt werden. Damit die Vereinbarungen wirksam würden, seien die Schülerinnen und Schüler als Dritte einzubeziehen. Klar werden müsse man sich über Anlass, Ziel und Funktion der Vereinbarungen, über die Aufgaben der Beteiligten und deren Handlungsmöglichkeiten. Höffer-Mehlmer hält es darüber hinaus für sinnvoll, sich irgendwo zwischen allgemeinen Bekenntnissen, die schon im Schulgesetz und anderen Texten formuliert seien, und einer minutiösen Pflichtenauflistung zu bewegen.



Der übervolle Workshop 1 musste im Chemiesaal stattfinden

Foto: Franjo Schohl

Reges Interesse fanden auch die Workshops am Nachmittag. So drängten sich 55 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Arbeitskreis über Erziehungspartnerschaft und machten durch viele Fragen deutlich, dass die Kommunikation zwischen Schule und Eltern trotz weit reichender gesetzlicher Bestimmungen nicht immer den Erwartungen entspricht. Jutta Lotze-Dombrowski, Juristin im Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend, und Franz Diehl, Mitarbeiter im Pädagogischen Zentrum in Bad Kreuznach, ermutigten die Eltern, die der Schule obliegenden Informationspflichten kontinuierlich von den Schulleiterinnen und Schulleitern einzufordern.

Gleichzeitig traten beide Referenten nachdrücklich dafür ein, dass sich die Elternvertretungen, insbesondere der Schulelternbeirat, gemeinsam mit der Schulleitung verstärkt um die interne Information der Eltern kümmern. Vorgeschlagen wurden beispielsweise gemeinsame Informationsabende für neue Eltern an der Schule oder aber gemeinsame Schreiben zu Beginn eines jeden Schuljahres, in denen mit der Schulpraxis unerfahrene Eltern über die Grundstruktur der Elternvertretungen und ihre Aufgaben aufgeklärt werden. Hilfreich seien auch Informationen über Hilfematerialien oder Internetadressen.

Schulelternbeiratsmitgliedern wurde vorgeschlagen, in der Tagesordnung jeweils einen TOP „Bericht der Schulleitung“ vorzusehen, damit der kontinuierliche Informationsaustausch zwischen Schulelternbeirat und Schule gewährleistet ist.

Einen Rat gab auch Referent Frank Hasenclever vom LKA im gut besuchten Arbeitskreis über Gewaltprävention: Schon ein gemeinsames Essen der ganzen Familie täglich fördere die positive Kommunikation in den

Familien, denn die Sprachlosigkeit der Familien sei der Nährboden für so gut wie alle Fehlentwicklungen im Prozess misslingender Erziehung.

Weiter konnten sich Eltern über hervorragende Praxismodelle im Bereich der Sprachförderung (s. dazu auch Beitrag S. 12), der Leseförderung, der Berufsvorbereitung und der Ganztagschule informieren.

Im Arbeitskreis über das hoch aktuelle Thema „Qualitätsentwicklung durch Bildungsstandards“ erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Informationen über die nationalen Bildungsstandards, Maßnahmen der KMK zur Modernisierung des Bildungswesens nach PISA. Bildungsstandards legten die Ziele pädagogischer Arbeit als erwünschte Lernergebnisse fest, so Referent Botho Priebe, Direktor des Instituts für schulische Fortbildung und schulpädagogische Beratung. Die Art und Weise, wie jede Schule die Bildungsstandards erreichen wolle, gehöre ins Zentrum des schulischen Qualitätsprogramms.

Für die Eltern, die sich mit Problemen bei der Schülerbeförderung befassen, war der Arbeitskreis „Grundlagen der Schülerbeförderung“ genau richtig. Das Beschwerdemanagement fände primär bei den Unternehmen und den Kreisverwaltungen statt, erfuhren sie von Referent Franz-Josef Schmidt, vom Landesbetrieb Straßen und Verkehr. In schwierigen Fällen lüden die Kreisverwaltungen zu sogenannten „runden Tischen“ ein.

Marie-Charlotte Opper-Scholz

Details des Plenarvortrages und eine Zusammenfassung der Podiumsdiskussion finden Sie im nächsten Beitrag, ausführliche Berichte aus den Workshops auf unserer Homepage.

Landeselterntag 2004

Konflikte sind notwendig und unvermeidlich

Zum Gastvortrag des Hauptreferenten Herrn PD Dr. Markus Höffer-Mehlmer und zur anschließenden Podiumsdiskussion



Referent Dr. Markus Höffer-Mehlmer

Ohne an einem Manuskript zu kleben, zwar frei vortragend, aber dennoch klar und nachvollziehbar strukturierend, so entledigte sich der Hauptreferent des Landeselterntages sehr routiniert und eloquent seiner Aufgabe, zum Thema „Eltern und Lehrer: Gegner oder Partner?“ zu sprechen.

Dr. Höffer-Mehlmer von der Universität Mainz nahm es vorweg: Das Thema beschreibt nicht wirklich existierende Alternativen; die Fragestellung kann a priori nur rein rhetorischer Natur sein. Davon ausgehend, dass nichts Anderes möglich sein würde, als dass Lehrer und Eltern sich in Partnerschaft begegnen, wenn man den gemeinsamen Erziehungsauftrag nicht gefährden möchte, kam Herr Höffer-Mehlmer gleich zu seinen vier Kernthesen:

- **Partnerschaft lohnt sich!**
- **Konflikte sind notwendig und unvermeidlich.**
- **Einiges hat sich (im Umgang miteinander) geändert.**
- **Einiges wird sich (im Umgang miteinander) noch ändern.**

Warum sich Partnerschaft lohnt, stellte der Referent erst aus Elternsicht und dann aus Sicht der Lehrer prägnant und schlüssig dar. Die geforderte Partnerschaft bringt aus Sicht der Eltern ein erhöhtes Maß an Sicherheit

hinsichtlich des erwünschten Schulerfolges: Partnerschaftlicher Umgang sichert die notwendigen Rückmeldungen auch im Sinne eines „Frühwarnsystems.“ - Schulerfolg aber ist eine wichtige Voraussetzung für Lebenserfolg. Und Erfolg wird von allen Beteiligten als angenehm erlebt.

Dazu kommt, dass im Zusammenwirken von Eltern und Lehrern die Eltern auch eine Kompetenz-Entfaltung und dadurch die Bestätigung durch die Umwelt erleben können.

Aus Sicht der Lehrerschaft wird der Schulerfolg der Schüler sicherlich befördert, wenn das Elternhaus auch als „verlängerte Schulbank“ genutzt werden kann. Und der Erfolg der Schüler ist immer auch ein Erfolg der Schule. Im erzieherischen Bereich ist die Kooperation mit den Eltern insofern nützlich, als sich Lern- und Verhaltensschwierigkeiten besser angehen lassen, indem die Eltern als „Pressure-Group“ fungieren, was wiederum den Schulerfolg begünstigen kann. Warum der Vortragende an dieser Stelle die Schülerschaft so völlig außen vor ließ, die sicherlich auch von dieser Partnerschaft in positiver Weise betroffen ist, wäre kritisch nachzufragen. Erst in einem späteren Teil seines Vortrages wurde sehr deutlich, dass

müsste; wobei die Angemessenheit dieser Metapher hier einmal unbewertet bleiben soll.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages kam Herr Höffer-Mehlmer auf die Kategorisierung von Konflikten und insbesondere auf die Konfliktbegegnung bzw. Konfliktbearbeitung zu sprechen. Auch hierbei wurde deutlich, dass es de facto keine sinnvollen Alternativen zum partnerschaftlichen Umgang zwischen Schule und Elternhaus gibt.

Bei den angesprochenen stattgehabten Veränderungen wurde insbesondere auf die „Pädagogisierung“ der Familien im Sinne eines Wandels von der Befehlsfamilie zur Aushandlungsfamilie einerseits, und auf den Wandel von der Obrigkeitsschule zur Mitwirkungsschule andererseits abgehoben. Der Wertewandel, der beispielsweise zur Ablösung von Orientierungen an Ordnung, Sauberkeit und/oder Sicherheit führte zugunsten der Bestrebungen nach Selbstentfaltung und Mitbestimmung, wurde hier ebenfalls in die Betrachtung einbezogen. Für die Zukunft zu erwarten sind vor allem Veränderungen im Bereich der Bildungsreformen, auf dem Gebiet notwendig werden der Soll-Ist-Analysen, um im internationa-



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Landeselterntages während des Referates; Foto: Franjo Schohl

es sich bei der Partnerschaft nicht so sehr um „traute Zweisamkeit“ von Lehrern und Eltern sondern eher um einen „flotten Dreier“ bei Einbeziehung der Schüler handeln

len Vergleich bestehen zu können. Auch dies, so die begründete Annahme des Referenten, war und ist ohne partnerschaftliche Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus nicht denkbar.



Eltern nutzen die Gelegenheit, mit den Podiumsteilnehmern zu diskutieren Foto: Franjo Schohl

Die sich an das Referat von Dr. Höffer-Mehlmer anschließende Podiumsdiskussion wurde von der Bildungsministerin Doris Ahnen, dem Landeselternsprecher Dieter Dornbusch und dem Hauptreferenten des Tages, Dr. Höffer-Mehlmer, unter Einbeziehung des Plenums bestritten. Die Moderation besorgte Dieter Lintz von der Zeitung Trierischer Volksfreund.

Alle Diskutanten auf dem Podium zeigten sich sattelfest und sachorientiert. Vor allem Frau Ahnen ist hier ein großes Lob auszusprechen. Ihre Art, den Eltern zu begegnen, auf ihre Fragen einzugehen, jegliche Arroganz, die andere Politiker in solchen Situationen hin und wieder zu zeigen sich nicht enthalten können, durch Zugewandtheit und Offenheit zu ersetzen, war wohltuend wahrnehmbar. Natürlich musste auch Frau Ahnen Unentschuldbares (wie zum Beispiel Unterrichtsausfälle) entschuldigen und Unklärbares (wie zum Beispiel die Ressourcenknappheit im Bildungsbereich) erklären. Aber sie tat es mit Charme und sie wirkte glaubhaft.

Die Fragen der Eltern an das Podium betrafen schwerpunkthaft Klassengrößen und Lehrerversorgung. Hier warb die Ministerin um Verständnis dafür, dass vor allem in Ballungsräumen mit großen Klassen gelebt werden muss, und dass die Klassenmesszahl von derzeit 30 nicht geändert werden kann. Der Hinweis auf die wesentlich besseren Schüler-Lehrer-Relationen in ländlichen Bereichen, wo es mitunter Klassen mit weniger als 20 Schülern gibt, konnte zwar die Sorgen der von zu großen Klassen betroffenen Eltern nicht mindern, zeigte aber, dass mit einer Senkung der Klassenmesszahl auf 28 oder 27 nicht wirklich etwas zu gewin-

nen wäre. Und über eine generelle Senkung auf maximal 22 oder 24 Schüler pro Klasse wurde erst gar nicht diskutiert.

Auch die Erweiterung der Mitbestimmung der Eltern zum Beispiel in Form der Stimmberechtigung von Elternvertretern in Kon-

mungsergebnisse haben würden. Viel wichtiger, so die Ministerin, sei die Erkenntnis der Sinnhaftigkeit verbindlicher Vereinbarungen im Umgang zwischen dem einzelnen Schulelternbeirat und seiner Schule. Die Kultur des miteinander Umgehens sei bedeutsamer als das Recht, an Abstimmungen teilnehmen zu können, zumal unter Berücksichtigung der effektiven Stimmenverhältnisse.

Die Fragen der Eltern an das Podium betrafen schwerpunkthaft Klassengrößen und Lehrerversorgung.

Weitere Elternfragen bezogen sich auf die Schullaufbahnbestimmung durch die Eltern, auf die Gestaltung von Elternabenden, auf die (teils mangelhafte) Bereitschaft der Lehrer, auf Gesprächswünsche einzelner Eltern einzugehen, auf die pädagogische Betreuung und Versorgung in Fällen besonderer Beeinträchtigungen einzelner Kinder in Regelschulen und vieles mehr.

Erfreulicherweise darf gesagt werden, dass alle Anfragen und Anregungen aus dem Kreis der im Plenum versammelten Eltern – wenn auch nicht immer abschließend, so doch zumindest ansatzweise – behandelt und beantwortet wurden.



Schülerinnen sammeln Geld für die SV auf dem Landeselterntag

Foto: Franjo Schohl

ferenzen wurde angesprochen. Während Dieter Dornbusch sofort seine Zustimmung zu diesem Begehren signalisierte, reagierte Frau Ahnen deutlich zurückhaltender. Dabei kann man sich ihrer Argumentation auch kaum entziehen, wenn sie darauf hinweist, dass bei einem Kollegium von 30 bis 100 Lehrerinnen und Lehrern zwei oder drei Elternstimmen kaum Einfluss auf Abstim-

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass sowohl der Vortrag des Herrn Dr. Höffer-Mehlmer als auch die Podiumsdiskussion ihren Inhalten und ihrer Form nach ausgesprochen positiv zu bewerten sind. Insofern freut man sich schon wieder auf den nächsten Landeselterntag.

Dr. Klaus Neulingner

Presseerklärung des Bundeselternrats

Bundeselternrat fordert gesunde Schulen

Der Bundeselternrat führte am vergangenen Wochenende seine Herbstplenartagung zum Thema Bewegung, Ernährung und Gesundheit durch. Die international renommierten Wissenschaftler **Professor Dr. Wolf-D. Brettschneider** von der Universität Paderborn und **Professor Dr. Martin Wabitsch** aus Ulm führten die 110 Delegierten aus allen Bundesländern in die Problematik ein. Dabei wurde erschreckend deutlich, dass zwar internationale Daten über die Gesundheit der Kinder vorliegen, es in Deutschland aber keine aussagekräftigen Daten gibt. Bereits in der Tagung wurde die Forderung nach einer Balance zwischen Ernährung und Bewegung umgesetzt: Die **Diplom Gesundheits- und Sportlehrerin Corinne Ferié** brachte das Plenum zwischen den Vorträgen in Bewegung: Walking auf der Stelle, Lockerungs- und Entspannungsübungen schufen einen Ausgleich zur konzentrierten inhaltlichen Arbeit.

Frau **Dr. Martina Pötschke-Langer** vom Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg referierte über die Folgen des Rauchens, besonders wenn schon in der Schule mit dem Rauchen begonnen wird sind die Folgen erschreckend.

Wie die Forderung nach einem Gleichgewicht von Ernährung und Bewegung in einer Schule konkret umgesetzt werden kann, stellten Schulleitung, die Sozialarbeiter und Schülerinnen der **Sophie-und-Hans-Scholl-Gesamtschule** aus Wiesbaden-Klarenthal mit vielen praktischen Beispielen vor. Viele Delegierte bezeichneten die Arbeit an dieser Schule als vorbildlich und richtungweisend in der Einbeziehung von Ernährung und Bewegung in eine ganzheitliche Bildung und Erziehung.

In der vertiefenden Bearbeitung der Thematik in sieben schulbezogenen Fachausschüssen wurden Forderungen an die Bildungspolitik formuliert.

Eltern tragen die Hauptverantwortung für die gesunde Entwicklung ihrer Kinder

Dabei betonte der Vorsitzende des Bundeselternrates, Wilfried W. Steinert aus Brandenburg, „dass wir Eltern uns der Schlüsselrolle bewusst sind, die Eltern in der Gesundheitserziehung einnehmen.“ Deshalb fordert er im Namen des Bundeselternrates eine intensive Unterstützung der Eltern von der Geburt ihrer Kinder an. „Diese Unterstützung und Aufklärung der Eltern über die richtige Balance von Ernährung und Bewegung ist die beste Prävention gegen

Übergewicht“, so Steinert weiter. „Der Prävention im Bereich Ernährung, Gesundheit und Bewegung kommt eine große Bedeutung zu und Schule muss mit den entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden.“

Lehrplan und Bildungsstandards für Gesundheitserziehung

Folgende Forderungen wurden von den Delegierten einstimmig an die politisch Verantwortlichen gerichtet:

- In Deutschland müssen dringend bundesweit aussagefähige Daten über den Gesundheitszustand unserer Kinder erhoben werden.
- Ein fächerübergreifendes Curriculum zur Gesundheitserziehung (incl. Bewegung, Ernährung, etc) und entsprechende nationale Bildungsstandards müssen umgehend erarbeitet werden.
- Die Stundentafeln für den Sport- und Schwimmunterricht dürfen nicht gekürzt, sondern müssen angemessen erweitert werden, um dem Bewegungsdefizit entgegenzuwirken. Weitere Bewegungsangebote im Schulalltag müssen geschaffen werden.
- Fragen der Gesundheitserziehung müssen in die Aus-, Fort- und Weiterbildung des gesamten schulischen Personals aufgenommen werden.
- Bei der Schulverpflegung müssen ernährungsphysiologische Grundsätze und die Einbeziehung regionaler Produkte besonders beachtet werden.

Der Bundeselternrat fordert rauchfreie Schule

Die Frage, ob ein generelles Rauchverbot an Schulen gesetzlich vorgeschrieben werden soll, wurde heftig und kontrovers diskutiert. Einig war man sich darin, dass diese Frage eine pädagogische und erzieherische Herausforderung an Lehrerinnen, Lehrer und Eltern stellt. Ungeteilte Zustimmung fand die Forderung, dass die Entwicklung der Schulen zu rauchfreien Schulen intensiv betrieben werden muss.

Oranienburg, 14. November 2004
Wilfried Wolfgang Steinert
Vorsitzender

Blick über die Landesgrenze

„Es darf keiner ...“

Bildung ist in der Bundesrepublik Deutschland Ländersache. Jedes Bundesland verfolgt in der Bildungspolitik eigene Ziele und setzt unterschiedliche Schwerpunkte. Eines ist jedoch allen Bundesländern gemein: Eltern setzen sich kritisch mit der Bildungspolitik auseinander. Welches sind die Themen in unseren Nachbarbundesländern, die Eltern dort beschäftigen? Was kann auch für Eltern in Rheinland-Pfalz von Interesse sein?

Blick nach Baden-Württemberg
Beginnen wollen wir diese Reihe mit einem Blick nach Baden-Württemberg. Im Sommer hat der Landeselternbeirat Baden-Württemberg ausführlich in einem neun Punkte umfassenden Positionspapier Stellung bezogen zur Bildungsplanreform 2004 der baden-württembergischen Landesregierung.

1. Reformbedarf bei Bewertung und Leistungsmessung

Der LEB BW plädiert für eine Ergänzung des tradierten Benotungssystems. Ergänzend schlägt er als Option ein Portfolio vor, das die Lernfortschritte, die Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler beschreibt, sowie die individuellen Fördermaßnahmen gemeinsam mit Eltern, Lehrkräften und SchülerInnen festlegt. Die formale Möglichkeit der Versetzung auf Probe wollen die Eltern in unserem Nachbarbundesland mit der verbindlichen Erstellung von Förderplänen verknüpft sehen.

2. Sozialpädagogische Unterstützung und schulpsychologische Beratung

Defizite sieht der LEB in Stuttgart auch in der sozialpädagogischen Betreuung und Unterstützung der Schulen. Kritisch bewertet er daher den geplanten Abbau der schulpsychologischen Fachdienste im Zuge der bevorstehenden Verwaltungsreform. In diesem Zusammenhang verweist der LEB auf das Problem der Schulabbrecher und Schulschwänzer.

3. Evaluation der Schule

Auch der LEB BW fordert eine verbindliche Evaluation der Schule. Benotete Vergleichsarbeiten führen noch nicht automatisch zu besserem Unterricht sondern erhöhen den Druck auf Schüler.

„.. verloren gehen“

4. Unterrichtsversorgung

Auch in Baden-Württemberg beklagen Eltern den hohen Unterrichtsausfall und fordern ein entsprechendes Vertretungskonzept, den Einsatz von pädagogischen Assistenten (insb. in Grundschulen). Als kontraproduktiv habe sich die Deputatserhöhung ausgewirkt.

5. Rhythmisierung des Unterrichts

Der Landeselternbeirat fordert ein neues Zeitraster für die Schule, das gerade bei Ganztagskonzepten und 8-Jährigem-Gymnasium den Bedürfnissen der Schüler (Ruhe, Entspannung, Bewegung, Konzentration) Rechnung tragen muss.

6. Räumliche und sächliche Ausstattung

Eng verknüpft damit ist auch eine deutliche Verbesserung der räumlichen Rahmenbedingungen sowie der sächlichen Ausstattung.

7. Lehreraus-, Fort- und Weiterbildung

Auch in Baden-Württemberg sehen Eltern Veränderungsbedarf in der Lehreraus- und Lehrerfortbildung. Weiterbildungsbedarf bestehe insb. Hinsichtlich pädagogischer Fragestellung. Neben dem Fachstudium sollen lernpsychologische und pädagogische Fragen gleichrangig behandelt werden.

8. Elternmitwirkung

Verbesserungsbedarf sieht der LEB auch in der Elternarbeit. Kommunikation, transparenten Information und Feed-Back aller an Schule Beteiligten sind nach Auffassung des LEB BW für eine moderne Schule unabdingbar.

9. Schulstruktur

Auch die Eltern in BW fordern eine Diskussion um bestehende Schulstrukturen. Um den Leistungsdruck von den Klassen 3 und 4 zu nehmen sollen insbesondere in den Klassen 5 und 6 eine intensivere Förderung erfolgen. Der LEB begrüßt die Bildung von Schulverbänden, die eigenständig entscheiden, wie lange sie Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichten.

Wer mehr über die Positionen des LEB Baden-Württemberg wissen möchte, wendet sich an den LEB BW (email: info@leb-bw.de) oder schaut nach auf der Homepage www.leb-bw.de

Klaus Schmitt

VERA

Gesprächsrunde und Manöverkritik der Beteiligten im MBFJ

Frieder Bechberger Derscheid, Abteilungsleiter im MBFJ und zuständig für Schulentwicklungsplanung, begrüßte am 15.11.04 die VertreterInnen der Lehrerverbände, des Pädagogischen Zentrums (PZ), des Instituts für Lehrerfortbildung (IFB), die Dienstaufsicht (ADD) und VertreterInnen des LEB, um die diesjährige VERA-Runde Revue passieren zu lassen. Im Vorfeld hatte es harsche Kritik von Seiten der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gegeben, die Tilmann Boehlkau bekräftigte. Vor allem der hohe Zeitaufwand für die beteiligten LehrerInnen, verursacht durch Schwierigkeiten bei der geforderten Datenbeschaffung im Vorfeld des Tests und der anschließenden Dateneingabe waren die Hauptkritikpunkte, die bei den GrundschullehrerInnen zu viel Unmut geführt hatten. Dazu kamen hohe Kopierkosten (Zeitaufwand der LehrerInnen und Papier) und Probleme durch unterschiedlich ausgestattete Computersysteme in den einzelnen Schulen.

Juniorprofessor Dr. Ingmar Hosenfeld stellte einige Daten zu VERA vor. So haben insgesamt 13.500 Klassen des 4. Jahrgangs in Rheinland-Pfalz teilgenommen. Bis zum 15.11. hatten 80% der Schulen ihre Ergebnisse in Mathematik und 67% ihre Ergebnisse in Deutsch nach Landau gemeldet. Von technischer Seite mussten die Beteiligten vor allem mit Serverüberlastungen zwischen 10 und 14 Uhr zu Recht kommen, da die meisten LehrerInnen in dieser Zeit ihre Daten übertrugen. Die Mitarbeiter des Projekts an der Uni Landau hatten einen Telefon- und eMail-Support eingerichtet, um auftretende Anwenderprobleme so schnell wie möglich lösen zu können. Die Arbeitszeiten wurden dem Arbeitsaufwand angepasst und schlossen Abendstunden und Sonn- und Feiertage ein.

Die Frage nach Aufwand und Ertrag stand angesichts der Erfahrungen der Lehrkräfte im Raum und wurde von Prof. Hosenfeld mit einer Zusammenfassung der Ziele beantwortet. VERA soll neben bisher bereits diskutierten Zielen (Standortbestimmung der Schule, des Landes; Behebung von Defiziten/Ausbau von Stärken; Infos für Schullaufbahnberatung) zusätzlich folgendes leisten:

- Standardisierte Fragen entwickeln
- Unterricht ergebnisorientiert entwickeln helfen
- Diagnostische Kompetenzen erfassen und verbessern
- Umsetzung der Rahmenpläne beschleunigen
- Internetnutzung an Schulen verbessern
- Anreize für schulinterne und -externe Kooperationen schaffen

Weniger im Vordergrund der Diskussion unter den LehrerInnen stand die Frage, inwieweit VERA SchülerInnen überfordert, ob die Testung an zwei aufeinander folgenden Tagen über einen so langen Zeitraum (Deutsch 100 Minuten) für Kinder problematisch war.

Für den Landeselternbeirat bezog dessen stv. Sprecherin Gabriele Weindel-Güdemann, die von Michael Pochert, dem Sprecher des Grundschulausschusses, unterstützt wurde, Stellung. Die Eltern erwarten, dass bei den Kindern, die Wissenslücken aufweisen, spezielle Fördermaßnahmen ansetzen, um diese zu schließen. Um dafür mehr Zeit zu haben und um die Gefahr der Selektion mit Hilfe von VERA zu minimieren, wäre ein Verschieben des Tests an das Ende des 3. Schuljahres notwendig. Ein Standpunkt, den der LEB schon bei der Einführung von VERA vertreten hat. Die sich abzeichnende Kooperation zwischen teilnehmenden GrundschullehrerInnen und den VERA-Machern in Landau sowie deren Bereitschaft aus den Rückmeldungen zu lernen, lässt für den nächsten Durchgang hoffen. Der LEB unterstrich die Bedeutung von VERA im Schul- und Ländervergleich. Zum ersten Mal hat Rheinland-Pfalz ein Instrument des Schulmonitorings, das in weiteren 6 Bundesländern eingesetzt wird. Das System Grundschule kann als ganzes lernen und das sollten wir nutzen.

Abschließend soll darauf hingewiesen werden, wie wichtig der „Bearbeitungstag für VERA“ war. Alle beteiligten LehrerInnen der Runde bestätigten, dass es sinnvoll und notwendig war, die Daten in „einem Rutsch“ von denselben Personen im Team einzugeben. Dass an diesem Tag kein Unterricht stattfand, hatte also einen guten Grund. Die Schulen waren angewiesen die notwendige Betreuung sicher zu stellen.

Gabriele Weindel-Güdemann

Eine gute Schule für alle

In einer sachlichen und problemorientierten Diskussion über zwei Tage mit Fachleuten aus Schule, Universität und Gesellschaft diskutierten die TeilnehmerInnen die Notwendigkeit einer schulischen Veränderung. Das Tabu-Thema „Schulstruktur“ stand zwei Tage lang kontrovers im Mittelpunkt der Veranstaltung. Eva-Maria Stange, GEW-Vorsitzende, forderte eine längere gemeinsame Schulzeit für alle SchülerInnen und die Einsicht, dass das dreigliedrige Schulsystem, ein Relikt aus der Ständegesellschaft des 19. Jahrhunderts, nicht in der Lage ist unsere derzeitigen Probleme im Bildungssystem zu lösen. Der Grabenkampf der 70er Jahre solle nicht wieder aufgenommen werden, sondern das traditionelle System auf mögliche Transformationsschritte hin „abgeklopft“ werden. „Fördern statt Auslesen“ solle das neue Leitbild für Schulen werden.

Diese „neue Schule“ forderte auch Prof. Ursula Boos-Nünning, Universität Essen und ehemaliges Mitglied des Zukunftsrats. Gleiche Voraussetzungen von Kindern zum Zeitpunkt des Eintritts in die Grundschule sollen durch einen obligatorischen und kostenfreien Besuch von Kitas hergestellt werden. Die Ausbildung der ErzieherInnen müsse diesem Anspruch angepasst werden. Die Ganztagschulmodelle in Deutschland, die ihren Namen in den allermeisten Fällen nicht verdienen, müssen an ihrer Ausstattung mit pädagogischem Personal und der Rhythmisierung des Unterrichtsangebots gemessen werden. Der Ansatz „Entlastung von berufstätigen Frauen“ sei ein falscher Gesichtspunkt. Die Motivation der Kinder solle im Vordergrund stehen.

Die oftmals von LehrerInnen geführte Klage über die heterogenen Schülergruppen ist offensichtlich nirgendwo so groß wie in Deutschland, wo die aufwändigsten Bemühungen unternommen werden SchülerInnen „sortenrein“ auf die diversen Schultypen zu verteilen. Das Bewusstsein für individuelles Fördern ist in diesem hoch selektiven, gegliederten System unzureichend ausgeprägt. Prof. Boos-Nünning forderte deshalb eine neue Didaktik, Anreiz- und Förderstrukturen, ein geändertes Lehrbewusstsein, Abschaffung des Beamtenstatus und des Dienstrechts, die autonome Schule, die Rechenschaftspflicht gegenüber Eltern und der Öffentlichkeit und das Ausschöpfen der Schülerpotentiale sowie die dafür notwendigen Bewertungskriterien. Ihr beklemmendes Fazit war: Auf Grund der demographischen Entwicklung (Abnahme der Schülerzahl bei steigender Anzahl von Kindern nicht deutscher Herkunftssprache) und mangelnder Integration von Kindern nicht-deutscher Herkunftssprache, wird die Krise der Schule leicht zur Krise unserer Gesellschaft. Deshalb müssen die Schulstruktur, die Lerninhalte und das Lehrerbild entsprechend reformiert werden.

In der sich anschließenden Diskussion zwischen Bildungspolitikern, Vertretern von Wirtschaftsverbänden und dem Bundeselternsprecher Wilfried Steinert wurden die unterschiedlichen Standpunkte deutlich. Herr Steinert sprach sich vehement für die Entwicklung hin zu einem längeren gemeinsamen Lernen für alle Kinder und deren individuelle Förderung aus. Bereits in seiner Frühjahrspenartagung 2003 hatte der Bundeselternrat (BER) mit großer Mehrheit der Delegierten die gemeinsame Schule für alle gefordert. In dieser Forderung ist sich der BER mit der baden-württembergischen Handwerkskammer einig. Ekaterina Kouli, Leiterin der Abteilung Bildungspolitik, stellte ihr Modell der neunjährigen Schule mit anschließender Differenzierung in die berufliche und universitäre Bildung vor. Ihre Mitglieder benötigen gut ausgebildete Schulabgänger, die nicht mehr im benötigten Umfang vom Schulsystem geliefert werden. Stefan Küpper, Abteilungsleiter Bildungspolitik der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), wollte diesen Schritt nicht mitgehen. Sein Verband fordert jedoch eine höhere Durchlässigkeit und eine verstärkte individuelle Förderung. Auf Nachfragen der Moderatorinnen Martina Bittermann (NDR) und Jutta Roitsch (ehem. Frankfurter Rundschau) räumte er eine Strukturveränderung als finales Ergebnis eines solchermaßen initiierten Entwicklungsprozesses jedoch ein. Prof. Wilfried Bos, Universität Hamburg, maßgeblich an der Durchführung und Auswertung von IGLU beteiligt, will die Qualitätsverbesserung im derzeitigen System umsetzen. Sein Credo lautete: Die Verbesserung der Unterrichtsqualität kann im gegliederten Schulsystem zu Qualitätssprüngen führen und vermeidet die aufreibende Strukturdebatte, die nur Kräfte bindet.

Prof. Sabine Reh, TU Berlin, beleuchtete „die Schwierigkeiten der LehrerInnen im Umgang mit heterogenen Gruppen“. Zusätzlich zur „Sehnsucht nach Homogenität“ (Klaus-Jürgen Tillmann) sind LehrerInnen im drei-

gliedrigen System „Agenten des formalen Selektionsprozesses“. Nach Prof. Rehs Untersuchungen scheint die Zufriedenheit der LehrerInnen, trotz hoher Belastung, groß zu sein. Wenigstens geben 60% der Befragten das an. Dabei ist der Anteil der zufriedenen LehrerInnen an Grundschulen höher als an anderen Schularten, obwohl dort die Schülergruppen unbestritten am heterogensten zusammengesetzt sind. Sie berichtete von Erfahrungen aus kleinen Grundschulen, die wegen zurückgehender Schülerzahlen jahrgangübergreifend arbeiten mussten. Dort wandten die LehrerInnen gezwungenermaßen andere Förder- und Unterrichtskonzepte an. Dieser äußere Zwang half ihnen die Kinder als Individuen wahrzunehmen und nicht mehr als „Klasse“ mit einem „mittleren Begabungshorizont“ (Comenius). Die Orientierung an der Klasse verstellt den Blick auf die Lernprozesse des Einzelnen. Dieser Aspekt muss in die Lehrerbildung aufgenommen werden, kommt aber derzeit dort nahezu nicht vor.

Rainer Domisch, im Zentralamt für Unterrichtswesen in Finnland zuständig für den Deutschunterricht und ehemaliger baden-württembergischer Gymnasiallehrer, stellte die Kernpunkte des finnischen Systems vor. Einer seiner Leitsätze ist: „Für alle Kinder ein „Mehr“ an Bildung, für kein Kind ein „Weniger“.“ Nachdem die Finnen das dreigliedrige Schulsystem von Deutschland übernommen hatten, kamen sie in den 70er Jahren zur Einsicht, dass es etwas Besseres geben muss. Die Grundstufenschule bis Jahrgang 9, die anschließende gymnasiale Oberstufe einerseits und die berufliche Ausbildung andererseits wurden flächendeckend eingeführt. Grundlage war ein breiter gesellschaftlicher Konsens und daraus folgend ein Parlamentsbeschluss. Diese Schule heißt in der nordischen Sprach „Eine gemeinsame Schule für unterschiedliche Lerner“. Sie folgt einem weiteren Leitsatz: „Wir lassen kein Kind zurück.“ Schulsozialarbeiter, Sozialpädagogen, Förderlehrer, der Schulgesundheitsdienst und ein Kura-

tor (Bindeglied zwischen Schule/Eltern und Gemeinde/sozialen Diensten) unterstützen die LehrInnen, die für den Lernprozess der SchülerInnen verantwortlich sind. Der Anspruch der Kinder auf Wohlergehen und Förderung ist im finnischen System etwa in dem Umfang geregelt, wie wir bedruckte Seiten für organisatorische und dienstrechtliche Regelwerke benötigen. Schulen, Kommunen, LehrerInnen, Eltern sind verantwortlich für die Schule vor Ort. Das Zentralamt legt die Rahmenpläne fest und setzt die Standards. Die Schulen bezahlen für die Evaluation ihrer Arbeit, weil ihnen die Qualität ihrer Arbeit die Unterstützung in ihren Gemeinden sichert.

„Inklusion“ ist ein Begriff, den Finnland lange kennt und dessen Inhalt seine Schulen umsetzen. Prof. Andreas Hinz, Universität Halle stellte einen „Index für Inklusion“ vor, der Trennungen und Ausgrenzungen aller Art in Schulen bewusst machen soll. Über fünf Stufen soll ein Zustand der selbstverständlichen Akzeptanz von Unterschiedlichkeit erreicht werden, der beim anderen Extrem, dem Ausschluss von Bildung, beginnt.

Prof. Frank-Olaf Radtke, Universität Frankfurt, zeigte am Beispiel städtischer Planung, wie schwierige Schulsituationen „am Reißbrett“ entstehen können. Er beschrieb am Beispiel von Grundschulen, wie das ungewollte Zusammenspiel von LehrerInnen, Eltern und Behörden zu einer sozialen „Entmischung“ führt. Schulbezirke werden segregationsfördernd geplant, LehrerInnen bevorzugen „pflegeleichte“ SchülerInnen und Eltern, Behörden stellen sich gut mit der Klientel, auf die sie angewiesen sind, und Eltern wählen die „unproblematische“ Schule für ihr Kind. Das sind alles nachvollziehbare Verhaltensweisen, die in der Summe neue Probleme erzeugen. Prof. Radtke forderte deshalb ein lokales Monitoring mit regelmäßiger Berichterstattung, das geeignet ist, die Effekte von unkoordiniertem Handeln transparent zu machen und die gewonnen Erkenntnisse in Schulentwicklungspläne einfließen lässt. Ausgehend von vorhandenen Schülergruppen sollen Zielvereinbarungen getroffen und Indikatoren erstellt werden, um Problembereiche rechtzeitig identifizieren zu können.

In weiteren Gesprächen diskutierten Dr. Wolfgang Meyer-Hesemann, Staatssekretär für Schule und Kinder im Kultusministerium des Landes Schleswig-Holstein, Achim Körbitz, Schulleiter der Otto-Hahn-Realschule in Herford, Cornelia von Ilse, Senatsrätin in Bremen, und Hans-Jürgen Schimpf, Fachbereichsleiter Kinder, Jugend, Sport und Kultur der Stadt Fehmarn, u. a. konkrete Schritte in unterschiedliche Richtungen auf dem Weg zu einer guten Schule für alle.

Fazit der Veranstaltung war, dass sich die überwiegende Mehrzahl der TeilnehmerInnen sowohl auf dem Podium als auch im Plenum darüber einig waren, dass eine sachliche Diskussion über die Veränderung des gegliederten Schulwesens geführt werden muss. Die GEW-Vorsitzende Stange machte den beteiligten Gruppen das Angebot über ein geändertes Selbstverständnis der LehrerInnen zu diskutieren und ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten, das einen Entwicklungsprozess hin zu einem integrierten Schulsystem ermöglicht.

Gabriele Weindel-Güdemann

Kenntnisse in Pädagogik und Psychologie

Anmerkung zur Neugestaltung der Lehrerausbildung in Rheinland-Pfalz

Der Landeselternbeirat hat sich bereits 2002 im Rahmen des Anhörungsverfahrens zum Reformkonzept für die Lehrerausbildung gegenüber dem Bildungsministerium ausführlich, wohlüberlegt und sehr sachlich geäußert. Man muss nicht unbedingt mit allem einverstanden sein, was seitens dieses Ministeriums in Vorschlag gebracht und was seitens des damaligen LEB dazu angemerkt wurde.

Die letzten Äußerungen des Philologenverbandes zum Thema Lehrerausbildung lassen leider wieder einmal deutlich werden, dass der Philologenverband weder zum Kreis der Erfinder des „pädagogischen Rades“ noch zum Kreis der Erfinder des „bildungspolitischen Pulvers“ zählt. – Eher schon zum Kreis der Erfinder von Rückwärtsgängen für Bildungsgetriebe aller Art.

Es ist einfach ärgerlich, von einer angeblichen „Einheitsausbildung“, die es auf Teufel-komm-raus zu verhindern gälte, lesen zu müssen. Für alle, die Einblick haben in die Ausbildung der Lehrer, ist es völlig unstrittig, dass gerade die Gymnasiallehrer nicht in Ansätzen das notwendige Rüstzeug hinsichtlich pädagogischer, psychologischer und soziologischer Qualifikationen aus ihrer Lehrerausbildung in die Schulen mitbringen. Wie kann man sich angesichts dieser Tatsache einer gemeinsamen Grundausbildung aller Lehramtsstudierenden so hartschlägig verschließen! – Worin mag der Gewinn liegen, der aus dieser Strategie zu ziehen wäre?

Das Grundkonzept der Lehrerausbildung kann, wenn man sich an den Kindern und Jugendlichen in unseren Schulen orientieren mag, gar nicht anders aussehen als so:

Gemeinsame und tiefreichende Grundausbildung im pädagogisch-psychologischen Bereich, damit alle Lehrkräfte irgend wann einmal pädagogisch-psychologisch in der selben Sprache miteinander reden können und in gleichen Kategorien zu denken beginnen, wo es um Erziehung und Bildung junger Menschen geht.

Gemeinsame tiefreichende Grundausbildung im Bereich der allgemeinen Didaktik (also nicht der Fachdidaktik!) und der allgemeinen Unterrichtsmethodik, damit die Erkenntnisse auf diesen Gebieten auch Einzug halten können in die schulischen Bereiche, in denen immer noch zu viele „verhinderte Hochschuldozenten“ einen reduzierten Vorlesungsbetrieb inszenieren, anstatt einen kindgerechten und an gültigen Lerntheorien orientierten Unterricht durchzuführen.

Das vertiefende Fachstudium einschließlich der Aneignung fachdidaktischen und fachmethodischen Wissens muss dann folgen und in differenten Studiengängen vermittelt werden.

Ob die Ausbildung eines Grundschullehrers dann länger oder kürzer sein muss als die Ausbildung einer Sonderschullehrerin, ob die Lehrerin in der Sekundarstufe II die längste Ausbildung oder doch nur eine so lange Ausbildung wie der Realschullehrer haben soll, das zu entscheiden ist doch nicht der springende Punkt; es sei denn, man leitet davon Ansprüche hinsichtlich der Beibehaltung unterschiedlicher Besoldungshöhen ab. – Das aber ist nicht das quälende Problem des weitaus größten Teiles der Lehrerschaft! Damit befassen sich nur ausgewählte Kreise.

Dr. Klaus Neuling

Hinweise und Tipps

Migrantinnen und Migranten als Experten

Den Weiterbildungspreis des Landes Rheinland-Pfalz erhielt 2004 das Multiplikatorenprojekt „Indica – Wegweiser zu Schule, Ausbildung und Beruf“. Das Projekt trägt in besonderer Weise zur Verbesserung der Bildungschancen von Ausländerkindern bei.

Ausländische Kinder und Jugendliche werden im deutschen Bildungs- und Ausbildungssystem eher benachteiligt. So ist z.B. der Anteil ausländischer Jugendlicher an Gymnasien weitaus geringer als der der deutschen, während ausländische Kinder an Förderschulen überrepräsentiert sind.

Das ausgezeichnete Projekt „Indica“ konzentriert sich auf eine bislang eher vernachlässigte Gruppe: die Eltern von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Sie spielen eine wichtige Rolle für die schulische und berufliche Laufbahn der Kinder und Jugendlichen. Damit sie ihre Kinder besser begleiten können, sollen sie informiert werden über das Schul- und Ausbildungssystem in Deutschland, über die in Deutschland erwünschte Mitsprache der Eltern bei Aufgaben und Aktivitäten der Schule; über Fördermaßnahmen und staatliche Hilfen und über die Vielfalt der beruflichen Möglichkeiten und die entsprechenden Anforderungen.

Das Konzept von InDica basiert auf einem Multiplikatorenansatz, der vom Amt für Multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt seit einigen Jahren erfolgreich praktiziert wird und der nun auch in Rheinland-Pfalz Anwendung finden soll. Migrant/innen, die in sozialen und pädagogischen Arbeitsfeldern tätig sind – z.B. als Muttersprachenlehrer, in Vereinen, Gemeinden, als Sozialarbeiter, Studenten u.ä. – werden von Expert/innen über das deutsche Schul- und Ausbildungssystem, über Fragen der Berufswahl

und den Übergang von Schule zu Beruf informiert. Diese Fortbildungen finden in deutscher Sprache statt. Die Multiplikator/innen wiederum laden zu Elternabenden oder -nachmittagen ein und geben das erworbene Wissen in ihrer Muttersprache weiter. Die Multiplikator/innen – selbst mit Migrationshintergrund – kennen die Situation der Familien und können auf spezifische Fragestellungen eingehen. Auf diese Weise wird es den Eltern erleichtert, den Ausbildungsprozess ihrer Kinder zu steuern und zu fördern.

Schulleiterbeiräte, die an ihrer Schule eine Informationsveranstaltung für ihre Eltern nicht deutscher Muttersprache durchführen wollen, finden die Namen der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auf der Homepage http://www.inpact-rlp.de/_inpact/aktuell/indica.htm

Neben Mainz und Gernersheim/Haßloch wurde die Fortbildungsreihe nun auch in Koblenz durchgeführt. Insgesamt wurden 71 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet, die ihrerseits bereits 730 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Elternseminaren informiert haben.

Wir danken Inge Müller, die uns mit ihrem Artikel in der GEW-Zeitung auf diese Preisverleihung aufmerksam gemacht hat. Marie-Charlotte Opper-Scholz

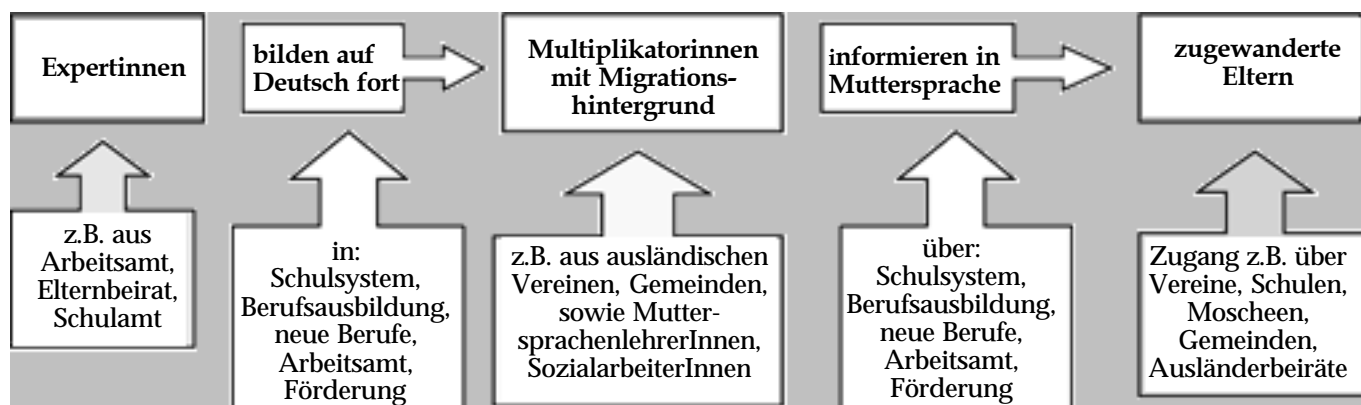
Schule und Migration

„Statt allen Partizipation und sozialen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen, scheint das deutsche Schulsystem eher einen Prozess der ethnisierten Unterschichtung zu befördern, der erhebliches Konfliktpotential in sich birgt.“ Das ist ein Fazit aus einer Empfehlung der Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung in ihrem 33-seitigen Bericht mit dem Titel „Schule und Migration“. Also Kinder aus Einwandererfamilien sind häufig in der Schule nicht erfolgreich. Und das verweist auf gravierende Defizite im deutschen Schulsystem zum Nachteil der Kinder selbst und zum Nachteil der ganzen Gesellschaft.

Ausgehend von einer Beschreibung des Ist-Zustands – u.a. Zahl und Zusammensetzung der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Bildungssituation dieser Gruppe – werden Bildungseinrichtungen in Bezug auf ihre Förderung von Integration untersucht. Das reicht von den Lehrplänen über Schulkultur bis zum Spracherwerb. Bei Letzterem müsse gleichzeitig dem Erwerb der Muttersprache wie dem Erlernen der deutschen Sprache als der Verkehrssprache hohe Bedeutung zugemessen, sowie differenzierte Konzepte für Mehrsprachigkeit entwickelt werden. Diesem Thema ist ein eigenes Kapitel gewidmet.

Aus der Analyse werden Empfehlungen abgeleitet. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer müssten Qualifikationen im Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ und Kompetenzen im Umgang mit sprachlicher und kultureller Heterogenität erwerben. Außerdem würde Personal mit Migrationshintergrund in vorschulischen Einrichtungen und in Schulen die Realität der Einwanderungsgesellschaft auch im schulischen Alltag repräsentieren.

Marie-Charlotte Opper-Scholz
Die Empfehlung „Schule und Migration“ kann im Internet heruntergeladen werden unter: www.migration-online.de/schule



Buchbesprechung

Die Schule ist von innen heraus morsch

Wenn man HELGA WILKENs Buch unbefangen zur Hand nimmt, so fallen zunächst einmal drei Dinge auf: Erstens der etwas sperrige, holperige Titel des Werkes, zweitens ein wunderschönes Umschlagbild, auf welchem ein Mädchen ziemlich erschreckt dreinschaut (vermutlich wegen der Morschheit der Schule), und drittens die Tatsache, dass die Autorin offensichtlich keinen der üblichen pädagogischen Verlage für die Veröffentlichung ihres Buches gewinnen konnte.

In der Tat ist HELGA WILKENs Buch keine erziehungswissenschaftliche Veröffentlichung, nicht einmal eine pädagogische. Es ist eine Buch gewordene gigantische Klagemauer. Auf über 300 Seiten werden Missstände geschildert, wie sie die Autorin im Laufe ihrer Lehrerinnen- und Schulleiterinnenjahre erlebt hat; oder doch zumindest so, wie sie diese Missstände erlebt zu haben glaubt. Man spürt auf jeder Seite etwas von einem immensen Sendungsbewusstsein der Autorin, und dem erstaunten Leser quillt ihr Zorn auf unfähige Lehrkräfte, Schulräte und Politiker zwischen allen Zeilen entgegen. HELGA WILKEN versucht dem Leser deutlich werden zu lassen, wie sehr sie mehr als drei Jahrzehnte lang von pädagogischen Idioten umzingelt war. Die Berechtigung ihres mit den Jahren aufgestauten Unmutes belegt sie mit einer nicht enden wollenden Aneinanderreihung von schrecklichen Anekdoten und Vorkommnissen, und wie ein schwarzer Faden zieht sich die konservative Haltung der Autorin und ihre Lust an der Verdächtigung jeglicher progressiver Tendenzen im Schulleben durch das Werk.

Es wäre sicherlich besser gewesen, einige Missstände im Bereich der Schule, die von grundsätzlicher Bedeutung sind, herauszugreifen, sie objektiv zu analysieren, sie einer nachvollziehbaren und wissenschaftlichen Maßstäben Stand haltenden Diskussion alternativer Möglichkeiten auszusetzen und so den sinnvollen Versuch zu machen, Verbesserungen ganz konkret zu ermöglichen. Dies wäre eine dankenswerte Arbeit gewesen, die unseren Kindern hätte nützlich sein können.

Frau WIKEN jedoch prangert im Wesentlichen nur an. Beispielsweise die Tatsache, dass ein Lehrer es wagt, seinen Schülern das Du zu gestatten. Sie hinterfragt nicht, ob es nicht eine psychische und soziale Entwicklungsstufe bei jungen Menschen geben könnte, die eine solche Art der Kommunikation zwischen Lehrer und Schüler als angemessen erscheinen ließe. Statt dessen wird klar, dass Frau WILKEN die Autorität der Lehrkräfte alleine aufgrund des Du als nicht mehr gegeben und nicht mehr herstellbar ansieht. – Dass sich ein Lehramtsanwärter erdreistet, in einfacher Kleidung, die Frau WILKEN allerdings für ungepflegt hält, zur Prüfung zu erscheinen, lässt sie der Prüfungskommission vorschlagen, eine schlechtere Note zu erteilen; was natürlich von der Kommission abgelehnt wird, und wodurch sich für Frau WILKEN die Schule in ihrer Morschheit wieder einmal selbst entlarvt.

In Berlin (und auf die schulischen Zustände in dieser Stadt beschränkt sich das Buch) und anderswo gibt es Menschen, die Fehler machen, und in unseren Schulen gibt es auch Lehrerinnen und Lehrer, die unengagiert oder gar prinzipiell unfähig sind. Dies ist unstrittig. Aber der hier abgelieferte Rundumschlag einer ehemaligen Kollegin muss Widerstände wecken, muss auch die Frage nach dem Motiv für dieses Buch aufwerfen. Warum wurde dieses Buch geschrieben? – Ganz gewiss nicht, um die Zustände zu verbessern, denn das bloße Anprangern hat noch nie und nirgends etwas genützt. – Wozu also der Aufwand? Vielleicht, um mit der eigenen Vergangenheit als (gescheiterte?) Pädagogin abzurechnen?

Dieses Buch zu lesen, wird niemandem wirklich schaden. Es wird aber auch keinem nützen. Es ist ein Buch, das man gelesen haben kann oder auch nicht.

Dr- Klaus Neulingger

HELGA WILKEN: Schule ist von innen heraus morsch
Norderstedt, 2004; Preis nicht bekannt

Ratgeber Schulrecht

Der Titel „Das Schulrecht“ mit dem Untertitel „Was Eltern und Schüler heute wissen sollten und wo sie Hilfe finden“ macht eine Elternvertreterin aus verständlichen Gründen neugierig und doch stutzig: Es gibt im föderalen Deutschland kein einheitliches Schulrecht sondern 16 Schulgesetze und Schulordnungen für unterschiedliche Schularten, die sich auch jeweils von Bundesland zu Bundesland erheblich unterscheiden. Auch die Strukturen der Elternvertretungen sind keineswegs einheitlich geregelt. Das weiß natürlich auch die Autorin, eine Rechtsanwältin aus Hamburg. Folgerichtig bleiben ihre Hinweise recht allgemein, werden auch nicht auf die Gesetzeslage in den jeweiligen Ländern konkretisiert.

Dennoch ist der Ratgeber sicher hilfreich und informativ. Er gibt einen Überblick über die Gesetze, die den Schulalltag regeln, erklärt den Aufbau des (s.o.) Schulsystems, stellt Rechte und Pflichten gegenüber, beleuchtet zulässige Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, gibt Hinweise zum Prüfungsrecht und die Mitwirkungsmöglichkeiten von Eltern im Schulalltag. Weiter finden Leserinnen und Leser eine Fülle von Antworten auf Einzelfragen, einen Überblick über Rechtsbehelfe und Rechtsmittel und wichtige Adressen von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern in den einzelnen Bundesländern. Alles in allem eine durchaus brauchbare erste Einführung in die Thematik, die ergänzt wird durch eine Länder spezifische Literaturliste.

Leider verströmt das Buch im Layout den spröden Charme einer Diplomarbeit. Das optisch nicht gut gestaltete Inhaltsverzeichnis wird jedoch ergänzt durch ein hilfreiches Stichwortverzeichnis. Übrigens gibt es neben Schülern auch Schülerinnen, neben Lehrern auch Lehrerinnen und sogar Schulleiterinnen soll es bereits hier und da geben. Neudeutsch würden wir sagen: Bitte den Text "gendern"!

Marie-Charlotte Opper-Scholz

Birgit Schröder: Das Schulrecht. Was Eltern und Schüler heute wissen sollten und wo sie Hilfe finden. Logos-Verlag Berlin 2004. 152 Seiten. ISBN 3-8325-0555-5. 19,- Euro

Wettbewerbe

Qualitätsoffensive an rheinland-pfälzischen Schulen

**Auszeichnung der Gewinner im landesweiten Wettbewerb "Qualität schulischer Arbeit"
Bildungsministerin Ahnen übergibt die Preise im Rahmen einer Fortbildung**

Der Wettbewerb, der alle zwei Jahre vom Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend durchgeführt wird, ist Teil der 1999 gestarteten Qualitäts-offensive an allen rheinland-pfälzischen Schulen. Qualitätsprogramme sollten entwickelt, fortgeschrieben und evaluiert werden. Dabei ist ein zentraler Aspekt die individuelle Förderung von SchülerInnen in ihrer Gleichheit und Unterschiedlichkeit, also eine umfassende Entwicklung von Begabungspotentialen nicht nur im schulisch-fachlichen Bereich. Diesem weit gefassten Förderbegriff trug der Wettbewerb Rechnung, der für alle Schulen und Schularten offen war. 39 Schulen stellten sich dem Wettbewerb mit ihren unterschiedlichen Förderkonzepten. Allen war jedoch gemeinsam, dass diese schon im Schulalltag erprobt waren und positive Impulse für das gesamte Schulleben setzten.

Bei den Grundschulen siegte die **EDUARD-ORTH-SCHULE in Germersheim**. Ihr klar strukturiertes, umfassendes Förderkonzept für GrundschülerInnen mit Sprachdefiziten im ersten Jahrgang, überzeugte die Jury und brachte ihr den mit 2.500,— • dotierten ersten Platz ein. Ein zusätzliches Bonbon bei der Bewertung des Konzepts war die Übertragbarkeit auf andere Grundschulen. Die i.d.R. drei Monate andauernde, individuelle Förderung von Kindern aus einem Stadtteil mit eher schwierigen sozialen Lebensbedingungen, die hohe Anzahl von Kindern nicht deutscher Herkunftssprache und die modellhafte Zusammenarbeit mit den Eltern der Schule wurde als vorbildlich eingeschätzt. (vgl. Bericht in EARh-Pf. 2-04)

Den Preis der Förderschulen teilten sich die **PORTA-NIGRA-SCHULE** (Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung) mit der **DIESTERWEG SCHULE, Koblenz** (Förderschwerpunkt Lernen und sozio-emotionalen Entwicklung). Die SchülerInnen der

PORTA-NIGRA-SCHULE, die ihren Preis selbst in Empfang nahmen, waren in ihren orangefarbenen Arbeitsoveralls angeeignet und vermittelten so einen Eindruck, wie sie im Projekt für die Werkstufe und als MitarbeiterInnen der "Schülerfirma Porta Workers" auf den Berufsalltag vorbereitet werden. Sie üben eine angemessene Arbeitshaltung, Ausdauer, Teamfähigkeit, Pünktlichkeit und andere Schlüsselqualifikationen ein und entwickeln so ganz nebenbei Selbstvertrauen und Eigeninitiative im Rahmen des Förderprojekts.

Die **DIESTERWEG SCHULE** bewarb sich mit ihrem Leseförderkonzept. Durch intensives Lesetraining sollen die allgemeine Lesefertigkeit und -fähigkeit verbessert werden. Früh diagnostizierte Leseschwächen werden durch differenzierte Förderansätze in allen Stufen bearbeitet und vor dem Eintritt ins Berufsleben noch einmal intensiviert. Zusätzlich legt die Schule großen Wert auf die Stärkung sozialer Kompetenzen durch Maßnahmen der Selbststärkung der SchülerInnen. Es gelang bisher 26 SchülerInnen in den ersten Arbeitsmarkt zu entlassen.

Zwei Hauptschulen teilten sich den Preis ihrer Schulart. Die **BURGFELDSCHULE, Speyer**, reichte das Projekt „Schulmanufaktur“ ein. Dort betreuen LehrerInnen werkstattorientiertes Arbeiten, was zum Aufbau einer „Produktionsstraße“ für kunsthandwerkliche Gegenstände führte. Diese werden z.B. bei Wochen- und Bauernmärkten verkauft. Die Kooperationen innerhalb der Schule sind fächer- und jahrgangsübergreifend. Die Berufsvorbereitung, die Stärkung sozialer Kompetenzen, die Integration von unterschiedlich leistungsstarken SchülerInnen und die Stärkung des Dialogs zwischen Elternhaus und Schule sind Elemente unterschiedlicher Förderansätze, passgenau für die teilnehmenden SchülerInnen. Nahezu nebenbei wird das Fach Wirtschaftslehre gestärkt, da die "MitarbeiterInnen" den Produktzyklus von seiner Herstellung bis zur Vermarktung erleben.

Die **NIBELUNGENSCHULE, Worms**, bestach mit dem Projekt "Mensch ärgere dich nicht". Bereits in der 5. Jahrgangsstufe sollen die SchülerInnen eine Gemeinschaftskultur durch Gewaltprävention entwickeln. Ein Team von 10 LehrerInnen, einem Schulso-

zialarbeiter und einem Kampfsportlehrer trainiert mit den SchülerInnen in drei unterschiedlichen Bausteinen das gewaltfreie Lösen von Konflikten, mit Hilfe der Mediation, durch Wertevermittlung, einhalten von Disziplin und Selbstbeherrschung, sowie Selbstbehauptung. Die Schule arbeitet eng mit Eltern und Arbeitgebern zusammen und konnte im Verlauf des Projekts eine hohe Akzeptanz im schulischen Umfeld erreichen.

Die **REALSCHULE LAHNSTEIN** stellte ihre Arbeit unter das Motto „Störungen haben Vorrang“. Das Programm „Erwachsen werden“ (Lions-Quest) wurde in den Unterricht integriert, um mit SchülerInnen strukturiert und regelmäßig wichtige Lebensbereiche und Alltagprobleme bearbeiten zu können. Positives Sozialverhalten wird gefördert und Selbstvertrauen soll gestärkt werden. Die Entwicklung einer eigenverantwortlichen Unterrichtskultur ist ein wichtiges Unterrichtsziel. Um störungsfrei lernen zu können wird z. B. eine „ad-hoc-Gruppe“ angeboten. Dort sollen die speziellen Probleme der SchülerInnen aufgefangen und schnell gelöst werden. Beide Projekte werden von der Elternschaft unterstützt.

Die **REGIONALE SCHULE UNTERMOSSEL, Kobern-Gondorf**, erhielt den Preis für ihr konsequent umgesetztes Konzept „Schülerorientierter Unterricht“. Mit Hilfe von Methodentraining, offenen Unterrichtsmethoden, Teamentwicklung und Kommunikationstraining als institutionalisierte Konstanten, lernen SchülerInnen vermehrt eigenverantwortlich. Dies erhöht nicht nur die Schülerqualifikation sondern auch die LehrerInnenzufriedenheit, da solche Unterrichtsmethoden entlastend wirken.

Die **IGS SCHULMODELL ROCKENHAUSEN** überzeugte die Juroren mit ihrem "Konzept der Berufsorientierung". Der Schwerpunkt der Berufsorientierung liegt in den Jahrgängen 7 – 10. Dort erhalten die SchülerInnen einen berufsorientierten Wahlpflichtunterricht in den Fächern Technik, Hauswirtschaft, Sozialwesen oder Wirtschaft, alternativ zur zweiten Fremdsprache. Zusätzliche Sprachangebot in der Oberstufe sichern die Übertrittsmöglichkeit in die MSS. Betriebspraktika, Betriebskundun-

gen und jahrgangsbezogenen Projekte werden für jede einzelne SchülerIn in einer Dokumentation zusammengefasst. (vgl. Bericht S. 13)

Zusammen mit der IGS ROCKENHAUSEN wurde die IGS HAMM/SIEG für Ihr Projekt „Förderkultur“ ausgezeichnet. Das Konzept stellt Aspekte wie z.B. „Gleichheit und Differenz“, „Selbstreguliertes Lernen“, „Methodisch-didaktische Innovationen“ und „Zurückstellungen, Klassenwiederholungen und Schulwechsel“ in den Mittelpunkt seiner Wirkung. Spezielle Voraussetzungen von Kindern mit Migrationshintergrund, Jungen und Mädchen und Kindern mit unterschiedlichen Interessen und Leistungsmöglichkeiten sollen berücksichtigt und darauf eingegangen werden. Dies geschieht z. B. durch Wecken der Leselust, einen Mathematikwettbewerb, der Aufgabe des Monats, schülerzentrierte Einheiten und fächerverbindenden Unterricht. Der Aufbau einer teamorientierten Konferenzstruktur liefert dazu die notwendige Kommunikationsmethodik.

Das GYMNASIUM KIRN brachte „KiMo – Ein Modell zur Begabtenförderung“ ein. Da diese Schule keine Begys-Klasse eingerichtet hat und trotzdem ihre begabten und leistungsbereiten SchülerInnen fördern will, schuf man ein schulspezifisches Fördermodell für die Jahrgangsstufe 9. Zusätzliche Förderangebote in den Fächern Mathematik/Physik, Englisch, Biologie/Chemie und einer zweiten Fremdsprache ermöglichen den SchülerInnen Lücken zu schließen, die beim Überspringen einer Klasse entstehen. So ist das Ziel des beschleunigten Durchgangs durch die Sek I, wie bei Begys, erreicht.

Der Sonderpreis ging an die REGIONALE SCHULE SOHREN-BÜCHENBEUREN für die „Kollegialen Vereinbarungen“. In 10 möglichen Modulen werden SchülerInnen individuell ihrem Leistungsvermögen sowie entsprechend ihrem Sozialverhalten gefördert. Spezielle Sprachfördermaßnahmen in den Eingangsklassen, Fördermaßnahmen im Bereich der schulischen Vorbereitung auf das bevorstehende Berufsleben z. B. durch

häufige Betriebspraktika, helfen insbesondere SchülerInnen mit negativen Abschlussprognosen. Die teilnehmenden LehrerInnen wurden von der Universität Trier durch Fallberatungen und Feedbackrunden unterstützt.

In einer Feierstunde, der eine Fachkonferenz zum Thema „Förderung Selbstregulierten Lernens“ mit einem Vortrag von Prof. Dr. Bernhard Schmitz, TU Darmstadt am Vormittag voranging, überreichte Ministerin Doris Ahnen zusammen mit dem Vorsitzenden der Auswahlkommission Prof. Dr. Klaus Klemm, Universität Essen, den Gewinnern die Geldpreise. Über eins waren sich alle Anwesenden einig: gewonnen hatten alle Schulen, die am Wettbewerb teilgenommen hatten – mit oder ohne Preis, vor allem aber deren SchülerInnen.

Wer sich näher über die einzelnen Förderkonzepte informieren will, kann sich an die betreffenden Schulen wenden bzw. an die LEB-Geschäftsstelle. Da hier nur die prämierten Konzepte vorgestellt wurden, lohnt eine Nachfrage nach anderen teilnehmen Schulen allemal.

Gabriele Weindel-Güdemann

FIT FOR JOB

Schule in Rheinland-Pfalz erhält im bundesweit ausgeschriebenen Wettbewerb FIT FOR JOB einen Zweiten Preis.

Die Integrierte Gesamtschule Schulmodell Rockenhausen mit gymnasialer Oberstufe (IGSMR) im Donnersbergkreis hat sich mit Schreiben vom 03. 06. 2004 am „Bundesschulpreis für herausragende Berufsvorbereitung FIT FOR JOB“ beteiligt. Das Bewerbungsschreiben war unterzeichnet von der Schülervertreterin, der Sprecherin des Schullehrerbeirates, dem Vorsitzenden des Personalrates und dem Schulleiter.

Was zunächst nicht unbedingt zu erwarten war, traf ein: Das vorgelegte Konzept wurde mit einem zweiten Preis bedacht, was in seiner Bedeutung angesichts der bundesweiten Ausschreibung des Wettbewerbs gar nicht überschätzt werden kann.

Die Berufsorientierung als konzeptioneller Bestandteil war schon von Beginn der Existenz der IGSMR im Jahr 1994 als wichtig erkannt worden. Allerdings ließen sich ursprüngliche Absichten wie Doppelqualifizierung (Schulabschluss plus abgeschlossene Lehre) nicht umsetzen. Aber am Prinzip der Berufsorientierung als wichtigem Merkmal des Profils dieser Schule hat sich dadurch nichts geändert. Die konkrete Konzeptionsbeschreibung, die als vierseitige Anlage dem Bewerbungsschreiben beigegeben war, gliedert sich in fünf übersichtlich dargestellt Abschnitte.

Unterrichtlicher Bereich der Berufsorientierung

Hier wird dargestellt, wie im 7. Schuljahr eine unterrichtsbegleitete Annäherung der Schülerinnen und Schüler an ausgewählte Betriebe geschieht, vorwiegend angesiedelt in den Fächern Hauswirtschaft, Sozialwesen, Wirtschaft und Technik. Mit fortschreitender Schulzeit wird in den Folgeklassen Schritt für Schritt der unterrichtliche Anteil zugunsten praktischer Anteile verringert. Das Vorgehen wird ausführlich und schlüssig begründet, wobei folgende Stichworte qualitätsgebend sind: Überprüfung vorhandener Neigungen, Stärkung der Selbstbeurteilungskompetenz, Abbau geschlechtsspezifischen Rollenverhaltens, altersangemessene Entscheidungsstufen hinsichtlich der endgültigen Wahl der Lernschwerpunkte.

Außerunterrichtlicher Bereich der Berufsorientierung

Hierzu sind zu erfüllende Kriterien benannt wie das Kriterium der Unterstützung der Neigungsfindung, das Kriterium der Einbindung der Eltern, das Kriterium der Zusammenarbeit von Schule und Betrieben.

Betriebspraktika

Dieser Abschnitt gibt die zeitliche Struktur der praktischen Anteile wieder.

Jahrgangsstufenbezogene Projekte

beinhalten ergänzende Orientierungshilfen in Form altersangemessener Berufsorientierungsprojekte. Hierzu sind unter anderem auch die Eltern dazu eingeladen, ihre Berufe einsehbar vorzustellen (Klassenstufe 7), und die Möglichkeiten steigern sich bis hin zur Vermittlung von Insider-Informationen durch Mitarbeiter der Personalabteilung von BASF oder bis zur Durchführung des Berufswahl-Eignungstests des GEVA-Institutes in München in den neunten und zehnten Klassen. Auch die Bestellung des INFOMOBIL der Metallindustrie gehört zu diesen Projekten.

Weitere außerunterrichtliche Besonderheiten

werden detailliert dargestellt wie der Schülerkiosk „Durstschnecke“ oder das Projekt „Wir werden Kontoinhaber“.

Es ist leider im Rahmen dieser Beschreibung gar nicht möglich, das mit einem Zweiten Preis bedachte Konzept in allen Einzelheiten darzustellen. Es kann aber darauf hingewiesen werden, dass die IGSMR gerne bereit ist, das Konzept allen interessierten Kreisen zur Verfügung zu stellen, ganz nach dem Motto: Tue Gutes und rede darüber.

Der LEB jedenfalls gratuliert zu dieser Leistung ganz herzlich, insbesondere da es eine Leistung ist, die ohne eine gute Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften und Schulumwelt nicht denkbar wäre. – Herzlichen Glückwunsch!

Dr. Klaus Neullinger

Ist eine Änderung der Ferienordnung wirklich erforderlich?

Plädoyer von Ministerialdirigent Karl-Heinz Held, MBFJ, für die Beibehaltung der Ferienordnung

Die Festlegung der jeweiligen Ferientermine ist eine „never ending Story“. Es gibt immer eine Vielzahl von Institutionen, aber auch von Einzelpersonen, die nicht nur spezielle Wünsche haben, sondern die auch genau wissen, warum diese oder jene Entscheidung, dieser oder jener Ferientermin nicht gut ist und verändert werden müsste.

So dreht sich seit einiger Zeit die Diskussion um die Frage, ob in Rheinland-Pfalz so genannte „Winterferien“ (eine Woche z. B. um Fastnacht) allgemein festgelegt werden sollten bzw. den Schulen (durch Erhöhung der beweglichen Ferientage) die Möglichkeit eröffnet werden sollte, standortbezogen solche Ferien (Winter-, Frühlings-, „Wann-auch-immer-Ferien“) für eine Woche zu beschließen. Die aktuelle Presserklärung des LEB vom 09.11.2004 erweitert diese Überlegungen um weitere Modelle.

Vor dem Hintergrund der gültigen Ferienordnung vom 14. Oktober 1993 spricht sich das Bildungsministerium gegen die geplanten Änderungen aus.

Da die Festlegung der Ferientermine für die Schuljahre 2007/2008 bis 2010/2011 ansteht, soll hier zunächst noch einmal betont werden, was für die Beibehaltung der bestehenden Regelungen spricht:

Die bestehende Ferienordnung (1993) legt fest, dass

- zwischen zwei Ferienblöcken ein Abstand von mindestens sechs Wochen Unterrichtszeit eingehalten wird,
- die Sommerferien mindestens 6 Wochen umfassen,
- die Herbstferien zwei Wochen andauern,
- die Osterferien ebenfalls einen Umfang von mindestens zwei Wochen haben.

Diese Bestimmungen schaffen eine sinnvolle Rhythmisierung des Schuljahres (Wechsel von Belastung und Erholung bei den Lernenden und den Lehrkräften), sie sichern den Beteiligten Planungssicherheit und fin-

den bei den an der Festlegung der Ferientermine beteiligten Institutionen ein hohes Maß an Zustimmung.

Die Regelungen der Ferienordnung erleichtern darüber hinaus die immer schwieriger werdende organisatorische Koordination der Schulen sowohl in den städtischen als auch in den ländlichen Regionen (z.B. Schülertransport über den ÖPNV).

Aus Sicht des Bildungsministeriums sprechen folgende Gründe gegen „Winterferien“:

- Winterferien haben, nach allem was uns Ärzte und Psychologen sagen, kaum „Erholungscharakter“, da sie dazu viel zu kurz sind (nur eine Woche). Dies gilt erst recht, wenn die Winterferien zuhause verbracht werden.
- Winterferien sind für Familien, die nicht verreisen, ein echtes Problem, weil es zu Aufsichts- bzw. Beaufsichtigungsproblemen bei schulpflichtigen Kindern kommen kann, wenn die Eltern oder der allein erziehende Elternteil berufstätig sind / ist und keinen Urlaub nimmt / nehmen kann.
- Winterferien bringen für Kinder aus Familien, die nicht verreisen, ein weiteres Problem mit: Im Februar / März ist in unseren Regionen das Wetter meistens so schlecht, dass diese Kinder sich kaum oder nur wenig im Freien aufhalten (können), so dass zusätzliche „Zeiten“ vor dem Fernseher, Computer voraussehbar sind – mit allen ihren negativen Auswirkungen auf die Gesundheit (Bewegungsmangel!).
- Winterferien werden u.E. nur positiv von den Familien beurteilt, die zum Skifahren gehen können. Im Anbetracht der allgemeinen finanziellen Situation ist dies aber nur eine kleinere Anzahl von Familien.

- Winterferien würden, besonders in größeren Städten (in Mainz gibt es z. B. über 50 Schulen) einen erhöhten Koordinierungsbedarf aller Schulen erforderlich machen, um sich auf eine einheitliche Festlegung der ggf. fünf oder sechs beweglichen Ferientage zu einigen. Aber selbst eine einheitliche Regelung in größeren Städten würde nicht sicher stellen, dass bei einer Familie mit mehreren Kindern für alle Kinder die Winterferien bzw. die beweglichen Ferientage auf den gleichen Terminen lägen: Wenn das eine Kind z. B. eine weiterführende Schule in Mainz besucht (mit Winterferien) und das andere Kind eine Grundschule in Budenheim (ohne Winterferien oder zu einem anderen Termin), könnte dies zu erheblichen Problemen führen.

- Winterferien würden unvermeidbar schwierige Absprachen mit dem ÖPNV mit sich bringen, vor allem auf dem Land, wo Schulbusse in den ÖPNV integriert sind und oft mehrere Ortschaften / Schulstandorte anfahren, die ggf. nicht die gleichen beweglichen Ferientage hätten.

- Winterferien, die auf der Grundlage einer höheren Zahl von beweglichen Ferientagen eingerichtet würden, würden eventuell dazu führen, dass an den bisherigen „Brückentagen“ (Freitag nach Christi Himmelfahrt und Fronleichnam) kein schulfrei mehr wäre, sondern Unterricht gehalten werden müsste.

Das MBFJ hält die bisherige Regelung für einen äußerst guten Kompromiss, mit dem im Prinzip alle leben können, auch wenn, wie dies bei Kompromissen häufig der Fall ist, nicht die Wünsche jedes Einzelnen Berücksichtigung finden.

Karl-Heinz Held

Umfrage zur Ferienregelung

Winterferien oder Pfingstferien?

Bevor der Landeselternbeirat seine Zustimmung zur Ferienregelung in den Schuljahren 2007/08 bis 2010/11 in Rheinland-Pfalz gibt, fragt er die Eltern nach ihrer Meinung: Soll die sinnvolle Verteilung des Unterrichts auf das Schuljahr wichtiger sein als das Freizeitverhalten der Eltern oder regionale Traditionen? Welchem Änderungsmodell geben die Eltern den Vorzug oder stimmen sie für die Beibehaltung der jetzigen Ferienregelung? Die Sommerferien stehen übrigens nicht zur Debatte, da sie jeweils von der KMK in einem rollierenden System festgelegt werden und u.a. Fragen der Urlaubsregelung in den Betrieben berücksichtigen müssen.

Derzeit werden, neben dem Status Quo, vier Änderungsmodelle diskutiert, die alle eine Gemeinsamkeit haben: Entweder die Osterferien oder die Herbstferien sollen um 5 Ferientage (1 Woche) verkürzt werden.

Modell 1:

Die jetzige Ferienregelung soll beibehalten werden: 2 Wochen Herbstferien, ca. 2,5 Wochen Weihnachtsferien, 2 Wochen Osterferien und 6 Wochen Sommerferien

Modell 2:

Mit den fünf herausgelösten Ferientagen sollen um die Faschingszeit „Winterferien“ eingerichtet werden. (Begründung: Verändertes Freizeitverhalten; Skiferien)

Modell 3:

Mit den fünf herausgelösten Ferientagen sollen „Frühlings- oder Pfingstferien“ möglich werden. (Begründung: Zwischen Osterferien und Sommerferien liegt oft eine sehr lange Ferienfreie Zeit von bis zu 16 Wochen.)

Modell 4:

Die fünf herausgelösten Ferientage sollen in jedem Schuljahr nach Lage der Osterfeiertage und der Pfingstfeiertage sowie im Hinblick auf den Beginn der Sommerferien **entweder** für Winter- oder für Frühlings-/Pfingstferien eingesetzt werden. (Begründung: Die Abstände zwischen den Ferienabschnitten können besser reguliert werden.)

Modell 5:

Die herausgelösten Ferientage werden den Schulen als fünf weitere bewegliche Ferientage zugewiesen, so dass sich insgesamt neun bewegliche Ferientage ergeben. (Begründung: Örtliche Gegebenheiten und Traditionen können besser berücksichtigt werden.)

Der Landeselternbeirat bittet die Schulelternbeiräte, ein abgestimmtes Votum abzugeben. Eine entsprechendes Formular finden Sie auf der Rückseite dieser Elternzeitung und auf unserer Homepage (<http://leb.bildung-rp.de>) .

Presseerklärung des LEB

Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2004/05

Als wenig aussagekräftig und an der Schulwirklichkeit vorbei bezeichnet der Landeselternbeirat die Meldung des Bildungsministeriums zur Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2004/2005.

Eine annähernde Vollversorgung wird lediglich bei den Grundschulen erreicht. Hier schlagen bereits die zurückgehenden Schülerzahlen zu Buche. Der Unterrichtsausfall an den Gymnasien und Gesamtschulen liegt weit über den Landesdurchschnitt. Der sogenannte „strukturelle Unterrichtsausfall“, der mit 2,8% z. B. für die Gymnasien angegeben wird, bedeutet, dass von vornherein bereits an allen Schulen landesweit mit mindestens diesem Stundenausfall geplant werden muss. Dazu addiert sich der „temporäre“ Unterrichtsausfall, der Krankheitsfälle, Fortbildungen, Mutterschaftsurlaube u.ä. mehr beinhaltet und von Schule zu Schule sehr unterschiedlich ausfallen kann.

Der Versorgungsgrad der Haupt- und Förderschulen bleibt weit hinter den Erfordernissen zurück. „Dort, wo Förderung am dringendsten ist, treten wir in Rheinland-Pfalz auf der Stelle,“ so Dieter Dornbusch, der amtierende Landeselternsprecher. Es kann nach Auffassung des LEB nicht verwundern, dass der Drang zu höheren Bildungsabschlüssen, insbesondere in die Gymnasien, weiter anhält. Hier droht in den nächsten Jahren eine deutliche Verschlechterung der Unterrichtsversorgung aufgrund einer Pensionierungswelle in dieser Schulart. Dies gilt in dramatischem Maß für die Berufsbildenden Schulen, denen nach ihrer strukturellen Umgestaltung weitere Aufgaben zugewiesen wurden. Sie mussten zum neuen Schuljahr einen Bewerberansturm meistern.

Probleme sieht der LEB aber auch auf einem anderen Feld. Zum einen gibt es zunehmend Problemfächer, in denen der Lehrermangel und damit der strukturelle Unterrichtsausfall überproportional hoch ist, zum anderen werden die regionalen Unterschiede deutlicher. Es wird schwieriger Lehrkräfte für Schulen in den ländlichen Gebieten zu gewinnen. Zusätzlich herrscht in einigen Städten eine hohe Fluktuation aufgrund sich weiter verschlechternder Rahmenbedingungen.

Der Landeselternbeirat fordert daher

- deutliche Anstrengungen, um die Lehrerversorgung an allen Schularten signifikant zu verbessern
- eine 100% - Versorgung muss angestrebt werden, wenigstens als Ausgangsbasis
- geeignete Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung des Unterrichts
- sinkende Schülerzahlen dürfen nicht zu einer Verschlechterung der Schüler/Lehrerrelation führen
- Senkung der Klassenmessenzahl unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten
- eine Statistik, die neben dem strukturellen auch den temporären Unterrichtsausfall für die Öffentlichkeit darstellt

Mainz, den 23.11.2004

Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz befragt die Schulelternbeiräte

Umfrage zur Ferienregelung

Formular bis zum 31. Januar 2005 per Post, Fax (06131-162927), per Email (leb-ferienumfrage@online.de) oder über das elektronische Formular auf der Homepage (<http://leb.bildung-rp.de>) an die Geschäftsstelle des LEB senden

Schule: _____

Schulart: _____

Name, Adresse oder Email der Schulelternsprecherin oder des Schulelternsprechers: _____

Bitte geben Sie nach Meinungsbildung Ihres Schulelternbeirats das Votum Ihres Gremiums ab. Entscheiden Sie sich für eine Alternative und kreuzen das entsprechende unten aufgeführte Modell an.

- Modell 1 **Die jetzige Ferienregelung soll beibehalten werden: 2 Wochen Herbstferien, ca. 2,5 Wochen Weihnachtsferien, 2 Wochen Osterferien und 6 Wochen Sommerferien**
-
- Modell 2 **Mit den fünf herausgelösten Ferientagen sollen um die Faschingszeit „Winterferien“ eingerichtet werden. (Begründung: Verändertes Freizeitverhalten; Skiferien)**
-
- Modell 3 **Mit den fünf herausgelösten Ferientagen sollen „Frühlings- oder Pfingstferien“ möglich werden. (Begründung: Zwischen Osterferien und Sommerferien liegt oft eine sehr lange Ferien freie Zeit von bis zu 16 Wochen.)**
-
- Modell 4 **Die fünf herausgelösten Ferientage sollen in jedem Schuljahr nach Lage der Osterfeiertage und der Pfingstfeiertage sowie im Hinblick auf den Beginn der Sommerferien entweder für Winter- oder für Frühlings-/Pfingstferien eingesetzt werden. (Begründung: Die Abstände zwischen den Ferienabschnitten können besser reguliert werden.)**
-
- Modell 5 **Die herausgelösten Ferientage sollen den Schulen als fünf weitere bewegliche Ferientage zugewiesen werden, so dass sich insgesamt neun bewegliche Ferientage ergeben. (Begründung: Örtliche Gegebenheiten und Traditionen können besser berücksichtigt werden.)**
-

Vielen Dank, dass Sie an unserer Umfrage teilnehmen! Sie unterstützen uns bei der Abstimmung über die Ferienregelung.